

Corinne Schärer
Grüne

Motion

Lehrstellenkrise: Ausbildungsbetriebe zusätzlich motivieren

Der Regierungsrat wird beauftragt, die administrativen Ausbildungskosten, welche der Kanton bisher den Betrieben fakturiert hat, zu übernehmen. Dazu öffnet der Kanton einen Berufsbildungsfonds, der auch weitere Aufgaben finanzieren kann und unbefristet eingerichtet werden soll.

Begründung

Hunderte von Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren sind im Kanton Bern auf der Suche nach einer Arbeit oder einer Lehrstelle. Dies sind die offiziellen Zahlen. Da sich viele Jugendliche gar nicht bei der Arbeitslosenkasse melden, dürfte die Zahl in der Realität sogar noch weit höher sein. Seit Jahren ist man sich einig, dass die Jugendarbeitslosigkeit ein brennendes Problem ist. Denn es gibt nichts schlimmeres für einen Jugendlichen als das Gefühl vermittelt zu bekommen, man sei überflüssig. Die Jugendarbeitslosigkeit birgt sozialen Sprengstoff. Mit dem Nichteinstieg in die Berufswelt und den Arbeitsmarkt, verlieren Hunderte von Jugendlichen die Grundlage für eine berufliche Entwicklung und damit die Grundlage für ihre Existenz. Alarmierend sind in diesem Zusammenhang auch die neusten Befunde zur Sozialhilfe. Die Zahl der jungen Bezügerinnen und Bezüger in der Sozialhilfe ist aufgrund der Jugendarbeitslosigkeit in letzter Zeit sprunghaft angestiegen.

Die Regierung hat die Jugendarbeitslosigkeit zu einem ihrer Schwerpunkte in den Regierungs-Richtlinien gemacht hat. Eine der Gründe für die Jugendarbeitslosigkeit ist die sinkende Zahl der Lehrstellen, welche angeboten werden. Dafür wiederum sind die Gründe vielfältig. Tatsache ist, dass es auf der einen Seite Unternehmen gibt, welche mehr Lehrstellen anbieten und auf der anderen Seite Unternehmen, welche weniger Lehrstellen anbieten. Um diese Dynamik umzukehren, braucht es u.a. auch positive Anreize für die Unternehmen. Die Übernahme der administrativen Kosten ist eine einfache und umsetzbare Massnahme. Zudem können mit dem vorgeschlagenen Fonds flexibel zusätzliche unterstützende Massnahmen finanziert werden.

Mit der vorgeschlagenen Massnahme wird nicht der Anspruch erhoben, die gesamte Problematik der Lehrstellensituation zu lösen, sondern mit einer Massnahme, welche für die Arbeitgeber einen Vorteil aufweist, einen Schritt weiterzukommen.

Bern, 12. September 2006